

1866

1907

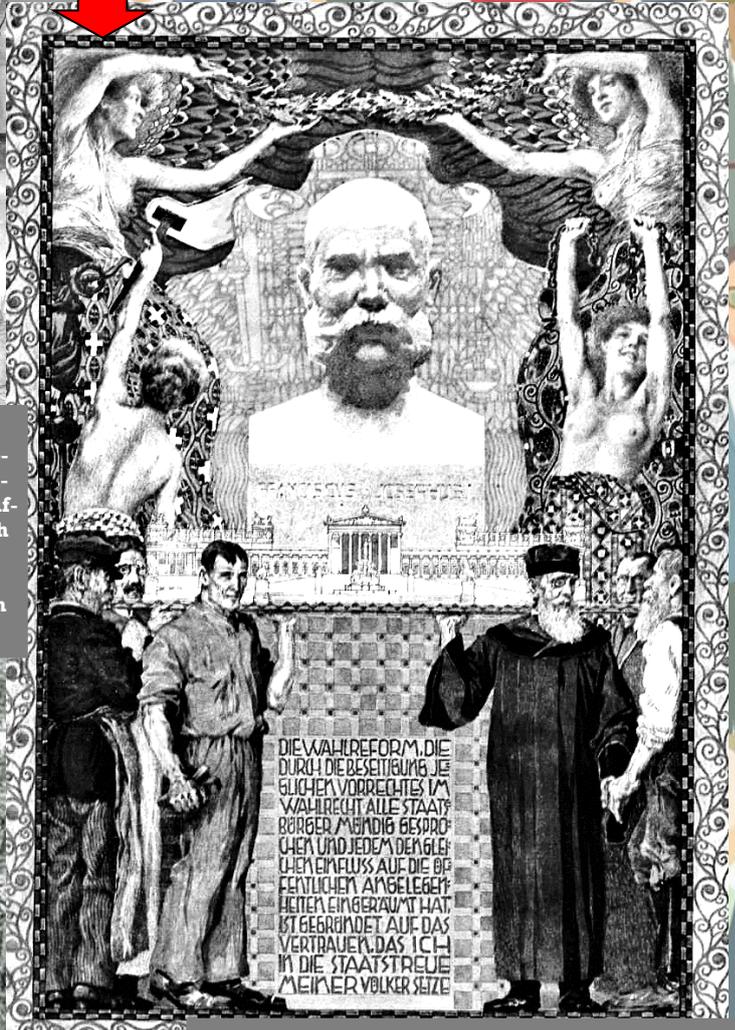


Der Maler Adolf von Menzel stößt nach der Schlacht bei Königgrätz/Hradec Králové in einer Scheune auf die ausgeraubten Leichen österreichischer Soldaten und hält die brutale Szene fest. Der Niederlage gegen Preußen folgt die Auflösung des „Deutschen Bundes“, dem das Habsburgerreich mit den meisten seiner deutschsprachigen und slawischen Gebiete seit 1815 als eine führende Macht angehört hat. Ziel des Bundes ist die Blockade demokratischer Reformen nach dem Sieg über die Französische Revolution gewesen.



Der „österreichische“ Staat Österreich-Ungarn erhält 1867 ein Staatsgrundgesetz und eine Verfassung. Trotzdem kann die große Mehrheit der Bevölkerung die Ankunft der Abgeordneten vor dem provisorischen Parlament nur von der Ferne und unter Polizeiaufsicht bestaunen. In diesem Gebäude wird 1870 das „Koalitionsgesetz“ beschlossen und damit das Recht der Arbeiter und Arbeiterinnen auf gewerkschaftliche Aktionen.

1867
1870



Diese Zeitungsbeilage, die 1907 das allgemeine Wahlrecht für Männer bejubelt, bestätigt – ungewollt –, dass der Habsburgerstaat auch nach der Wahlrechtsreform keine konstitutionelle Monarchie geworden ist: Das von den Volksvertretern im Parlament beschlossene Gesetz ist dem Willen des Kaisers untergeordnet.

Innen- und außenpolitische Niederlagen schwächen die Diktatur. Nach dem Sieg Preußens 1866 müssen die Forderungen Ungarns und der Liberalen Bürger und Adligen wenigstens teilweise berücksichtigt werden. Österreich-Ungarn mit zwei innenpolitisch selbständigen Staaten entsteht. Der „österreichische“ Staat heißt bis 1915 „Die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“. Formal gelten ab 1849 Verfassungen, die einen Reichsrat mit einem „Herrenhaus“ und einem „Abgeordnetenhaus“ vorsehen. Aber sie werden von den kaiserlichen Regierungen verordnet, das Abgeordnetenhaus wird nicht demokratisch gewählt und der Reichsrat hat nur beratende Funktion. 1867 kann er erstmals selbst eine Verfassung und ein Staatsgrundgesetz beschließen. Das Staatsgrundgesetz ist ein großer Schritt zur Demokratie, es bestimmt: „VOR DEM GESETZ SIND ALLE STAATSBÜRGER GLEICH.“ Aber die Mehrheit der Bevölkerung bleibt von politischen Rechten trotzdem ausgeschlossen, darunter alle Frauen und alle weniger Verdienenden. Im Kampf um die verweigerten Rechte entstehen die Massenparteien: Christlichsoziale und Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP). Die dritte Kraft werden die Deutschnationalen. Die SDAP erreicht 1907 wenigstens für Männer das allgemeine Wahlrecht.